

# An Freiwilligkeit soll festgehalten werden

In einer Postulatsbeantwortung zeigt die Regierung zahlreiche konkrete Massnahmen auf, um den Bevölkerungsschutz zu stärken.

Desirée Vogt

Die Regierung wurde im November des letzten Jahres via Postulat eingeladen, diverse Massnahmen rund um den Bevölkerungsschutz zu prüfen. Nun legt sie eine 150-seitige Antwort vor, die auch bereits zahlreiche konkrete Massnahmen beinhaltet.

## Leistungsstark – aber nicht in allen Lagen

In Liechtenstein stehen in 57 verschiedenen Organisationen und Vereinen rund 1400 Rettungs- und Hilfskräfte zur Verfügung, um Schäden vom Land und der Bevölkerung abzuwenden. Und grundsätzlich ist der Sicherheitsverbund gemäss Regierung ein leistungsstarkes System bestehend aus einem eingespielten Netz von Profi- und Milizorganisationen. Bei der Bewältigung von aussergewöhnlichen Lagen sei man jedoch weiterhin auf Hilfe aus dem Ausland angewiesen.



Rund 1400 Rettungs- und Hilfskräfte sind für Liechtenstein im Einsatz. Bild: Tatjana Schnalzger (21.10. 2023)

Doch auch die Bewältigung von normalen und besonderen Lagen bleiben eine riesige He-

erausforderung: Dies vor allem mit Blick auf die Rekrutierung von Mitgliedern für Milizorga-

nisationen. Ganz besonders gilt dies für die Feuerwehren, die der wichtigste und grösste Part-

ner im Sicherheitsverbund Liechtenstein sind. Dennoch will die Regierung diesbezüglich an der Freiwilligkeit festhalten. «Obschon eine Dienstpflicht rechtlich verankert ist und grundsätzlich zur Anwendung kommen könnte, ist diese im Bewusstsein der Bevölkerung nicht vorhanden. Die Aktivierung dieser im Feuerwehrgesetz vorgesehenen Dienstpflicht schätzt die Regierung derzeit als politisch nicht umsetzbar ein.» Deshalb müssten Vorkehrungen getroffen werden, um den Status der Freiwilligkeit im Bevölkerungsschutz aufrechtzuerhalten.

## Szenario bewaffneter Konflikt und Schutzräume

Doch auch in anderen Bereichen zeigt die Regierung Handlungsbedarf auf. So sieht sie nicht nur die begrenzt zur Verfügung stehenden, landeseigenen Ressourcen als grosse Schwäche des Bevölkerungsschutzsystems an. Auch das Bewusstsein, sich auf

bevölkerungsschutzrelevante Ereignisse vorzubereiten, sei in der Bevölkerung wenig ausgeprägt. Damit sei die Widerstandsfähigkeit grosser Teile der Bevölkerung weiterhin als eher gering einzuschätzen.

Dass die liechtensteinische Politik bislang darauf verzichtet hat, eine konsistente Strategie zum Umgang mit einem bewaffneten Konflikt zu formulieren, wird ebenfalls unter den Schwächen aufgezählt. Denn dadurch sei unter anderem in der Vergangenheit ein Schutzraumkonzept verfolgt worden, das auf Grund einer fehlenden Baupflicht von Anbeginn zum Scheitern verurteilt gewesen sei. «Ohne eine klare Strategie können aber auch die in Zusammenhang mit den aktuellen geopolitischen Spannungen anstehenden Fragen kaum fundiert diskutiert und nachvollziehbare unterschieden werden», heisst es. Deshalb soll unter anderem eine Neupositionierung in der Sicherheitspolitik geben.

## Interesse an freiwilliger Ausbildung wird abgeklärt

Um das Potenzial einer freiwilligen Ausbildung abzuklären, soll im Rahmen einer in den Schulen durchgeführten Umfrage das Interesse der Jugendlichen an der Idee evaluiert werden. Es gelte gemäss Regierung zudem, allgemein die Gründe zu identifizieren, die junge Menschen von einem freiwilligen Engagement in einer Organisation des Liechten-

steiner Sicherheitsverbunds abhalten bzw. was Gründe/Faktoren sind, die eine freiwillige Tätigkeit begünstigen würden. In Abhängigkeit der Ergebnisse wäre dann eventuell auch das Interesse seitens Erwachsener für eine schlanke Grundausbildung zu prüfen. Die Umfrage wird das ABS ab Herbst 2024 in verschiedenen Schulen des Landes durchführen.

## Vergütungen werden per 1. Januar 2025 neu geregelt

Eine Entschädigung erhalten Mitglieder von Rettungs- und Hilfsdiensten heute nur für Einsätze und für Ausbildungen im Rahmen von Kursen, die das Land anbietet. Als Wertschätzung und zukunftsfähige Ausgestaltung ist nun neu geplant, die Vergütungen zu erhöhen. Dies soll auch zu einer Gleichbehandlung mit anderen Formen freiwilligen Engagements

(z. B. Kommissionssitzungen) führen. Diese Massnahme dient nach Aussagen der Regierung der Stärkung des Milizwesens seitens des Landes und der Gemeinden.

Vorbehaltlich der Genehmigung durch Gemeinden und Regierung sollen die Änderungen zum Sold- und Spesenreglement Anfang 2025 in Kraft treten.

## Studie: Arbeitnehmer für Unterstützung gewinnen

Im Milizsystem kommt den Arbeitgebern eine wichtige Rolle zu, wenn es um die Freistellung der Arbeitnehmenden für Einsätze und Ausbildungen geht. Mittels einer Studie soll nun den Arbeitgebern ihre Rolle und gesellschaftliche Verantwortung durch Aufklärung und Sensibilisierung bewusst gemacht und sie damit für die Unterstützung der Feuerwehrtätigkeit gewon-

nen werden. «Auf der anderen Seite profitieren diese von den im Feuerwehrdienst erworbenen Kompetenzen der Arbeitnehmenden», schreibt die Regierung Das ABS und der LFV führen das Projekt gemeinsam durch und teilen sich die Kosten. Der Start des Projekts ist für die erste Hälfte 2024 geplant und soll vor Mitte 2025 zum Abschluss kommen.

## Zukunftsstudie für die Personalrekrutierung

Eine Voraussetzung, um die gegenwärtigen Personalbestände zu erhalten bzw. auszubauen, ist eine erfolgreiche Personalrekrutierung. Um die relevanten Entwicklungen abschätzen zu können, ist eine Zukunftsstudie zur Personalrekrutierung geplant. Die Studie soll die wichtigsten Trends und Entwicklungen darstellen und abschätzen, wie sie sich auf die Personalrekrutierung und damit auf das

Leistungsvermögen des Sicherheitsverbunds auswirken. Die Studie soll möglichen Handlungsbedarf identifizieren sowie daraus Vorschläge ableiten, wie Liechtenstein auch langfristig die Personalbestände in den relevanten Organisationen sicherstellen kann. Die Regierung plant die Studie für die zweite Jahreshälfte 2025. Die Analyse erfolgt unter dem Vorsitz des ABS.

## Einsatz von Spontanhelfern wird geprüft

Es gibt verschiedene Projekte oder Organisationen, die sich mit dem Einsatz von Spontanhelfern in Katastrophen und Notlagen beschäftigen. Dies sind beispielsweise das Team Österreich, das Fraunhofer-Institut oder der Helfer-Stub. «Von diesen Organisationen gilt es zu lernen», schreibt die Regierung. Es gelte, sich zu überlegen, ob und in welcher Form Spontanhelfer in Liechtenstein in die Be-

wältigung von Krisen und Notlagen eingebunden werden könnten. Und welche Einsatzstrukturen zu schaffen wären, um diese Helfenden einzusetzen. Und welche Aufgaben sie übernehmen könnten bzw. wie sich die Rettungs- und Hilfsdienste vorbereiten müssten, um Spontanhelfer gezielt einsetzen zu können. Das ABS plant, diesbezügliche Überlegungen im Jahr 2026 anzugehen.

## Es wird ein USAR-Team aufgebaut

Keiner der im Sicherheitsverbund tätigen Rettungs- und Hilfsdienste verfügt über die spezifischen Fähigkeiten und Ressourcen, um nach einem Einsturz von Gebäuden verschüttete Menschen orten und retten zu können. Durch den Aufbau eines USAR-Teams (Urban Search and Rescue) sollen die Kompetenzen zur autonomen Rettung von Verschütteten entwickelt werden. Die Ret-

tungshundeführer, die Bergrettung und das Liechtensteinische Rote Kreuz sind gewillt, mit ihren Fähigkeiten in einem entsprechenden Team mitzuwirken. Ziel dieser Bestrebungen ist es, ein spezialisiertes Rettungsteam zu etablieren, das sowohl auf nationale als auch auf internationale Notfälle vorbereitet ist. Das USAR-Team wird ab 2025 unter der Leitung des ABS formiert und ausgebildet.

## Schnelleinsatzgruppe «MANV FL» wird gebildet

Bislang verfügte das Land über keine spezifische Organisation bzw. Mechanismen für den Fall eines Massenfalls an Verletzten (MANV). Um die Leistungsfähigkeit zu steigern und die Abhängigkeit vom Ausland zu verringern, wurde ein Konzept für die Bewältigung eines MANV-Falls erarbeitet. Im Zentrum steht eine neu zu schaffende Organisation: die «Schnelleinsatz-

gruppe (SEG) MANV Fürstentum Liechtenstein». Das Liechtensteinische Rote Kreuz (LRK) wird die SEG koordinieren. Damit sie ihre Aufgaben im erforderlichen Umfang erfüllen kann, wird sie einen Mindestbestand von rund 60 Personen benötigen. Im Optimalfall stehen ihr rund 100 Personen zur Verfügung. Die SEG MANV soll ab Anfang 2026 einsatzbereit sein.

## Sicherheit in den Schulen

Eine «Sicherheitswoche» in weiterführenden Schulen soll dazu dienen, das Interesse von jungen Erwachsenen für sicherheitsrelevante Themen und Herausforderungen zu wecken und Grundlagenwissen zu vermitteln. Ab 2025 sollen deshalb in der Schweiz und in Liechtenstein Sicherheitswochen im Umfang von drei bis fünf Tagen stattfinden.

## Bevölkerung sensibilisieren

Auch die Teilnahme der Betreiber kritischer Infrastrukturen an Übungen soll gefördert werden. Das heisst: Bereits in die im kommenden Jahr geplanten Übungen sind die Betreiber der kritischen Infrastrukturen miteinzubeziehen. Um die Bevölkerung generell zu sensibilisieren, wird zudem eine Informationsbroschüre im ersten Halbjahr erarbeitet.

## Regionales Konzept

Im November sollen anlässlich eines Workshops mit Vertretern der Vorarlberger, St. Galler und Appenzeller Feuerwehren Handlungsfelder evaluiert werden, in denen sich eine verstärkte Zusammenarbeit in der grenzüberschreitenden Waldbrandbekämpfung empfiehlt. Darauf aufbauend werden anschliessend konkrete trinationale Projekte angestossen.

## Anbindung ans SDVN

Auch ein technologischer Gleichschritt mit der Schweiz ist geplant: Aktuell beschäftigt sich die Regierung mit der Anbindung des Landes ans Sichere Datenverbundnetz der Schweiz (SDVN), welches die Basis für verschiedene weitere Projekte bildet. Die Verlegung des hierfür erforderlichen Leitungstrasses soll bereits im Jahr 2024 erfolgen.